

---

## FORUM: Die Arbeit und ihre Zukunft

---

### Alfred Grosser: Arbeit heute heißt Arbeit haben

*Prof. em. Dr. Alfred Grosser, geb. 1925 in Frankfurt/M., in Frankreich seit 1933, Franzose seit 1937, lehrte Politische Wissenschaften an der Universität Paris.*

---

Wem gilt das Thema? Wer behandelt es? Jeder sollte seine eigene Identität analysieren, bevor er von der Arbeit spricht. Oder, besser gesagt, seine Identitäten, denn jeder hat mehrere. Nehmen wir meine Person.

- Ich bin Mann und nicht Frau. Das gibt mir noch, in der französischen wie in der deutschen Gesellschaft, unverdiente Vorteile auf dem Arbeitsmarkt, unter anderem dem ostdeutschen noch mehr als dem westdeutschen. Den ostdeutschen Frauen wurden zugleich die „rechtliche Pflicht zum Austragen“ über § 218 auferlegt und die Kinderkrippen weggenommen. Das hat doch einiges mit dem Recht auf Arbeit zu tun!

- Ich bin Professor, das heißt Beamter. Meine Identität ähnelt mehr der eines belgischen, deutschen oder italienischen Beamten als der eines französischen Arbeitslosen - dessen soziale Identität die eines deutschen Arbeitslosen entspricht (allerdings eines Westdeutschen: mit einer Arbeitslosigkeit von über 20 Prozent hat der ostdeutsche Arbeitslose eine etwas andere Identität). Im Grundsatzprogramm des DGB vom November 1996 wird noch nach alten Kriterien unterschieden, ob man in Groß- oder Kleinbetrieben beschäftigt ist, ob man Arbeiter oder Ingenieur ist, was wiegt das heute im Vergleich mit dem elementaren Unterschied: die einen können von heute auf morgen arbeitslos werden, die anderen nicht?

Die Wirtschaftsrationalität mag Privatisierungen notwendig machen. Aber die Feststellung sollte nicht beiseite gelassen werden, daß viele dadurch von einer Hauptkategorie in die andere geraten. Meinen ultraliberalen Kollegen aus den Wirtschaftswissenschaften sage ich ständig: „Ich höre euch nicht zu. Ich diskutiere mit euch, sobald Ihr den öffentlichen Dienst verlasst und Professoren an einer Privatuniversität werdet, die Pleite gehen und euch arbeitslos machen kann!“

- Ich bin alt und Ruheständler. Ich habe ein ziemlich reines Gewissen, weil meine vier Söhne arbeiten und somit meine Rente mitbezahlen. Meine kinderlosen Kollegen sind nicht in derselben Lage. In Deutschland will man die demographischen Gegebenheiten gar nicht wahrnehmen. unter 100 deutschen Erwachsenen waren 1950 16 über 65, 1990 über 23, im Jahre 2000 werden es beinahe 26 Prozent sein. Wenn sich nichts ändert (u.a. wenn nicht jährlich ein paar Hunderttausende Einwanderer hinzukommen) werden um 2035 die 50 Prozent erreicht. Die Arbeit, das ist heute auch und immer mehr die Last, die die Jüngeren für die Älteren zu tragen haben.

Arbeit heute heißt zunächst einmal Arbeit haben. Es ist nicht ganz sicher, ob der DGB dies wirklich akzeptiert hat. Der Eindruck besteht noch, daß ihm seine beitragszahlenden Mitglieder wichtiger sind als die Arbeitslosen, was echte Probleme der Umverteilung verschleiern mag. Natürlich gibt es „falsche“ Arbeitslose, vom Schwarzarbeiter bis zu jungen Leuten, die lieber mit viel Freizeit von Beihilfen leben wollen als mit geringem Lohn von organisierter Arbeit. Aber das Trauma der Arbeitslosigkeit ist ein Merkmal der deutschen wie der französischen Gesellschaft. Für die, die keine Arbeit haben: Viele sinken langsam in die Armut, noch mehr haben den Eindruck, trotz oder sogar wegen der empfangenen Hilfe, kein würdiges Leben mehr zu führen. Sei es nur, weil der Blick des Sohnes oder der Tochter verächtlich wird: „Du wirst nicht mehr gebraucht, also bist du nicht mehr gut!“

Das Trauma lastet auch auf denen, die Arbeit haben, aber sich bedroht fühlen. Wie vielfältig sind inzwischen die neuen Mittel zur Ausbeutung: „Und bist du nicht willig, gebrauch ich Gewalt“. Die Gewalt der Entlassung. Ja, das Gesetz bietet Schutz - aber es ist nicht allzu schwer, es zu umgehen. Die jüngste Statistik zeigt, wie rückläufig in ganz Europa die Zahl der Streiktage ist. (Darf ich weiterhin Streik sagen, wo doch das DGB-Programm nur das vornehme Wort „Arbeitsniederlegung“ verwendet?) Liegt da nicht der Hauptgrund bei der Arbeitslosigkeit? Im Dezember 1995 gab es in Frankreich eine große Streikwelle. Pierre Bourdieu und seine Freunde behaupteten, das Volk gebe dadurch seinen Protest kund. In Wirklichkeit streikten nur Menschen, die ihre Arbeit nicht verlieren konnten, d.h. Beamte und Lohnempfänger des öffentlichen Dienstes (die, mit wenigen Ausnahmen, in Frankreich das Streikrecht genießen).

Daß die Arbeit der Arbeitenden sich verändert hat, ist nicht umstritten, wenn auch nicht immer voll wahrgenommen, noch nicht einmal in der Struktur des Gewerkschaftswesens. Dies war eins der Themen, die Tony Blair in seiner wichtigen, mutigen, zu recht umstrittenen Rede behandelt hat, die er am 9. September 1997 vor dem Jahreskongress der Trade Unions in Brighton hielt. „Die Zahl derer, die in London im Finanzwesen arbeiten, übertrifft nun die Bevölkerung von Frankfurt... Der Design beschäftigt mehr als 300.000 Menschen... Die von der Rockmusik eingebrachten Devisen übertreffen die des Stahls.“

Die Arbeit ist auch kürzer und leichter geworden. Wir empören uns über die Kinderarbeit in Asien, aber das erste französische Sozialgesetz ist nur anderthalb Jahrhunderte alt. Es verbot die Arbeit für Kinder unter acht Jahren und die Verwendung im Untertagebergbau von Jugendlichen unter zwölf. Die französischen Hafendarbeiter genießen noch heute unerhörte Vorteile, weil die Arbeit vor Jahrzehnten einmal besonders hart war. Aber wer wagt darauf hinzuweisen, daß der Stress, der so viele Kassiererinnen in Supermärkten krank macht, von der Härte ihrer Arbeit herrührt? Sie haben kaum eine Möglichkeit, wie die Hafendarbeiter Erleichterungen zu erringen. Wenn die Hafendarbeiter die Arbeit niederlegen, verursacht das so großen Schaden,

daß sie schließlich das Geforderte erhalten - auch wenn damit die französischen Häfen ruiniert werden. Die Verbesserung der Arbeitsbedingungen hängt jedenfalls in Frankreich, wo nicht nur im klassischen Sinn gestreikt, sondern oft gesetzwidrig blockiert und lahm gelegt wird, von der Macht ab, Schaden zuzufügen. Was wiegt der Ausstand von 10.000 Textilarbeiterinnen verglichen mit dem von 100 Luftlotsen?

Und doch gehören die Luftlotsen und die Textilarbeiterinnen in dieselbe Kategorie: die der Lohnempfänger und nicht die der Rentner - Rentner im Sinne des 19. Jahrhunderts, im Sinne des Mehrwertsbegriffs von Karl Marx. Persönlich gehöre ich beiden Kategorien an. Wenn ich einen Artikel schreibe oder einen Fernsehbeitrag leiste, werde ich hoch besteuert. Als die Rendite bei 8 Prozent lag, gab es großes Geschrei in Frankreich, weil ein Teil des Ertrags zwar unbesteuert blieb, ein anderer jedoch mit 19 Prozent besteuert wurde. Es geht nicht nur um die Besteuerung des Mehrwerts (im heutigen Sinn) von Aktien. Es geht um die ungleiche Behandlung des erarbeiteten und des nicht erarbeiteten Geldes.

In eine ähnliche Kategorie gehört das nicht erarbeitete Geld der Abfindung. Wenn ein Vorstandsmitglied durch schlechte Arbeit den Betrieb ruiniert hat, wird er mit einer hohen Abfindung entlassen. Die durch ihn arbeitslos gewordenen erhalten eine kleine Entschädigung. Vor kurzem erhielt nicht ein Besitzer der hat ein Risiko, was allerdings horrende Gewinne auf Kosten der Lohnempfänger nicht rechtfertigt - sondern der Chef eines großen Medientrusts eine Abfindung von zwanzig Millionen Francs. Ein junger Ingenieur verdient jährlich 200.000 Francs. Die Abfindung entsprach also einem Jahrhundertlohn des jungen Ingenieurs.

Der Sozialstaat ist verpflichtet, für die Menschen in allen Regionen gleichwertige Lebensbedingungen zu schaffen. Dies gilt für Deutschland wie für Europa... Besonders notwendig ist der soziale Ausgleich zwischen Ost- und Westdeutschland... Die Austauschbeziehungen (mit den Entwicklungsländern) sind nach Solidaritäts- und Gerechtigkeitsprinzipien zu gestalten. Im DGB-Programm liest sich das gut. Aber einfach ist das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ nicht zu verwirklichen. Es geht um Rentabilität und um Umverteilung.

Rentabilität: Sollten die Löhne (und die Renten) in der ehemaligen DDR schnell an die im Westen angeglichen werden? Leider waren Ja und Nein gleichermaßen falsche Antworten. Das Nein bedeutete das Weiterführen der Ungerechtigkeit z.B. zwischen zwei Beamten, die in Berlin nebeneinander arbeiteten, mit 40 Prozent mehr Lohn für den „Wessi“ (dazu kam dann noch die „Buschzulage“). Das Nein bedeutete jedoch mehr Arbeitslosigkeit in der Zukunft. Wenn man die Löhne bei niedriger Produktivität anhebt, gehen die Investoren eher nach Prag als nach Leipzig. Sollen die griechischen Arbeiter ähnliche Sozialleistungen erhalten wie die deutschen oder die französischen? Wenn nein, was ist das dann für eine europäische Gemeinschaft? Wenn ja, ist die griechische Industrie ruiniert, denn der größte Vorteil des Standorts Griechenland sind die niedrigen Löhne.

Wer ist willig umzuverteilen, d.h. zu teilen? Glücklicherweise erledigt der Staat die Umverteilung bei den Sozialleistungen - zugunsten der Arbeitslosen, zugunsten der Rentner. Daß man zahlen muss, damit andere zu mehr Gleichheit gelangen - das hört niemand gerne. So ging es auch den meisten westdeutschen Gewerkschaften 1990. Die Einheit sollte keinem Nachteile bringen. Wie anders wäre es doch, eine schnelle Verbesserung der Lebensbedingungen in Ostdeutschland zu erreichen? Die Besteuerung der Erbschaften und der Finanzgewinne konnte nicht genügen. Das „Die Einheit wird euch nichts kosten“ war eine Lüge oder eine Selbsttäuschung. Eine zusätzliche Besteuerung des Ertrags der Arbeit konnte nicht vermieden werden. Notwendig wäre allerdings gewesen, diesen Umstand zu rechtfertigen und für eine klare Durchführung zu sorgen mittels einer politischen Erklärung oder einer politischen Entscheidung. Das „freie Spiel der Marktkräfte“ genügt da eben nicht. Auch die Löhne und Gehälter werden nicht allein durch Tarifverträge festgesetzt. Es gibt Rahmenbedingungen, die politisch, d.h. durch Wahlen, Parlament, Regierung entstehen. Weil eben Politik das Höchste ist, was es in einer Gesellschaft gibt. Politik - das ist nämlich die Summe der Ziele und der Mittel, die eine Gemeinschaft festlegt, um zu versuchen, ihre Zukunft zu meistern. Mag es auf Landes-, auf nationaler, auf europäischer Ebene sein.

Ja, die Arbeit, in Dauer und Form, wird weitgehend von Wirtschaft und Technik bestimmt. Aber ihr Platz in der Gesellschaft, ihr Platz bei der Umverteilung, der Schutz des Körpers und des Geistes der Arbeitenden - das alles wird von der Politik mitbestimmt. Wenn nicht, so wird die Gesellschaft zum Dschungel, in dem die Starken die Schwachen unterwerfen. So ist es leider immer noch oder schon wieder teilweise bei uns der Fall - weniger zwar, als es die intellektuelle Linke behauptet, aber viel mehr, als es die Dogmatiker des Wirtschaftsliberalismus zugeben wollen.